

DIE LINKE

Zur angeblichen Führungskrise der LINKEN (aktualisierte Version)

Von Thies Gleiss / 31. Mai 2012

PARTEI DER BEWEGUNG UND BEWEGTE PARTEI

1. Die Print- und elektronischen Medien ereifern sich über eine angebliche „Führungskrise“ der LINKEN. Das ist zu allererst Kalkül und Bestandteil der stets und stetig verfolgten Strategie der bürgerlichen Presse, die prinzipiell störende LINKE niederzuschreiben, ihr von Außen Debatten aufzuzwingen und sie in der Summe – so wird zumindest gehofft – pflegeleichter zu machen. Hätten wir zunächst kein Programm, so haben wir heute keine Führung, oder wenigstens nur eine „umstrittene“. Diese mediale Absicht wird weder besonders gut kaschiert noch intellektuell niveauvoll verteidigt. Es ist deshalb – sofern wir keine böswärtigen Absichten unterstellen – bitter mit anzusehen, wie trottelig immer wieder einzelne GenossenInnen der LINKEN sich vor Nasenbärt oder Nasenbärtin dieser Strategie des politischen Gegners machen lassen. Wir raten zur Gelassenheit. Wenn sich irgendwelche Schreiberlinge um die Führung der LINKEN Sorgen machen, dann sollten sie in die Partei eintreten und dort für ihre Sorgenfreiheit kämpfen. Das ist den betreffenden Personen auch gerne dann direkt zu sagen, wenn sie jemandem von uns ein Mikrofon vors Gesicht halten. Im Weltbild der großen propalastischen Medien erscheinen Debatten über die Neubesetzung von Spitzenämtern stets als Kampf von Hüpftlingen – auch im 21. Jahrhundert immer noch vorrangig von Männern. Die Idee, dass sich politische Konzepte, Erwartungen von Mitgliedern und AnhängerInnen der Partei und reale Erfahrungen im Parteiaufbau in einer kontinuierlichen Debatte, mit wechselnden Mehrheiten, Zwischenentscheidungen und auch Fehlern samt Korrekturen, gegenüberstehen, ist diesen Medien ebenso fremd wie die Vorstellung, dass demokratische Wahlen auch mal das sind, was sie sein sollten: Eine Auswahl unter durchaus gleichwertigen Alternativen. Die üblichen Begriffe sind deshalb „Kampfkandidatur“, „Abgewählt“, „Beschädigung des Vorsitzenden“, „Gegenkandidat“ oder eben „Führungskrise“. Leider ist ein großer Teil der Mitglieder der LINKEN und ebenso sehr viele der sich um Führungsspitzen der Partei bewerbenden GenossInnen von diesen mehr von Karl Marx geleiteten Weltbild infiziert. Ein linkes, kämpferisches Selbstverständnis ist das nicht – ein kleiner Blick in das am Anfang des Parteiprogramms der LINKEN „mit freundlicher Genehmigung der Autorenrechte-Verwalter“ abgedruckte Gedicht von Brecht „Fragen eines lesenden Arbeiters“ wäre als erste Bildungsmaßnahme schon ganz nützlich.

2. Es ist allerdings gleichzeitig Tatsache, dass die LINKE an politischer Ausstrahlung und in Folge davon an Mitgliedern und WählerInnen verliert. Die Halbierung der Wählerstimmenanzahl in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, der Verlust von 30 Prozent an Stimmen im Saarland und der Rückgang an absoluten Stimmen bei den Wahlen in Hamburg und den ostdeutschen Ländern zeigen seit zwei Jahren, dass die LINKE erheblich an Zuspruch verliert und sicher nicht als Hoffnungsträgerin angesehen wird. Das macht uns natürlich wirklich Sorgen.

Es droht eine Antwort auf die so einfache wie existenzielle Frage verlustig zu gehen, warum es einer linken Partei bedarf. Wir haben diese Frage bei der Gründung der LINKEN glaubwürdig beantwortet. Das historische Versagen des „Feudalsozialismus“ der Marke DDR einerseits und des sozialdemokratischen Modells der Sozialpartnerschaft von nicht zur dauerhaften Partnerschaft taugenden Klassen andererseits, der Mehrheit der Bevölkerung einen weiteren Fortschritt in der Entwicklung von Wohlstand, Frieden und Glück zu ermöglichen, hat die „neue soziale Idee“ einer LINKEN hervorgebracht, die es erstens besser machen als die versagenden VorläuferInnen und zweitens eine politische Heimat für all die Verlorenen und Verlassenen aufbauen sollte, die ihre Hoffnung auf eine reale Alternative zur kapitalistischen Mörder- und Ausbeutergesellschaft nicht aufgeben wollten. Es war in diesem Sinne ein historisches Gebot, eine Partei aufzubauen, die als ein Einheitsprojekt von sozialdemokratischen, revolutionär-sozialistischen, kommunistischen und libertären politischen Strategien angelegt war. In anderen Situationen – wie beispielsweise auch in anderen Ländern Europas – wäre dies nicht möglich gewesen. Möglich (und natürlich nötig) wäre früher wie auch heute immer eine Einheitsfront verschiedener linker Parteien gegen einen gemeinsamen Gegner, aber eine gemeinsame Partei dieser Strömungen, die sich nicht gegenseitig lähmen, funktioniert nur in dieser besonderen Situation. Die Gründung der LINKEN als eine solche neue soziale Idee war ein bewusster Akt, der nur klappen konnte, weil erstens ein starker Druck sozialer Bewegungen und Kräfte vorhanden war, es genau so zu machen; weil zweitens die politischen Führungskräfte sich von ihren alten Sitten, Gebräuchen und Theorien verabschiedeten und zumindest im Dienste des Gelingens der gemeinsamen Sache deutlich zurücknahmen und weil drittens mit Oskar Lafontaine eine bonapartistische Autorität den ganzen Prozess zusammenhielt und vorantrieb.

3. Wir sind davon überzeugt, dass auch heute noch ein solches Projekt einer „Einheitspartei“ notwendig und ausbaubar ist. Gingen die verschiedenen Strömungen in der LINKEN ihrer Wege, würde jede einzelne und damit alle zusammen schnell scheitern. Die geringfügige Revitalisierung der SPD im Stile einer Hannelore Kraft würde ausreichen, die reformistischen am schnellen Mitregieren interessierten Kräfte in der Partei aufzubrechen und aufzusaugen, und verselbständigte radikale, antikapitalistische Kräfte würden im immer mehr abstrakteren Streit, wie radikal es denn ein soll, schnell zerfallen. Dennoch haben sich viele Dinge entscheidend verändert: – Ein immer größer werdender Teil der Mitgliedschaft der LINKEN hat keine Wurzeln in einer ihrer Vorläuferorganisationen. Er erwartet zu Recht eine Begründung und demokratische Legitimierung der Partei aus sich selbst und nicht als künstlich und autoritär zusammengehaltenes Pflichtbündnis. Dies ist auch wesentliche Voraussetzung dafür, dass die LINKEN mehr und neue Attraktivität bei jungen Menschen gewinnt wie auch bei den durch Struktur und Inhalt der herrschenden Politik ausgegrenzten Teilen der Bevölkerung. – Der Gründungsprozess der LINKEN vollendet damit seine erste Phase. Es melden sich deshalb verstärkt die Defizite zurück, die bei der Gründung bewusst ausgeklammelt wurden: Kritische Aufarbeitung der alten PDS-Politikmodelle, eine vorbehaltlose Überprüfung des Berliner Parteiapparates, Aufarbeitung des historischen Scheiterns der Sozialdemokratie; Integration neuer politischer Ansätze in den Parteistrukturen und im Verhältnis zu sozialen Bewegungen.

– Der SPD ist es in der Opposition gelungen, ihren Erosionsprozess fast zu stoppen. Ihr „Wahlverloer“ im Jahr 2010/11 waren zwar in absoluten Stimmenzahlen fast immer reale Verschlechterungen auf neue historische Tiefststände, aber sie stoppten trotzdem den weiteren Imageverlust. Bei der Wahl in NRW ist es der SPD sogar erstmals gelungen, ein wenig neuen politischen Einfluss zu gewinnen und nicht nur Schadensbegrenzung zu erreichen. Maßgeblich verantwortlich dafür war auch die unverhohlene SPD-Protektion durch die Spitzen des DGB und der Einzelgewerkschaften. Die LINKEN muss sich vorwerfen, viel zu wenig getan zu haben, diese billige und kosmetische Korrektur der SPD zu entschleiern und zu erschweren. Links ist die SPD damit aber in keiner Weise geworden. Das politische Gesamtprogramm der SPD steht weit rechts von dem, was noch im Godesberger Programm von 1959 (also der ersten großen Abgrenzung zur linken Klassenpolitik) gefordert wurde. Ein Bruch mit dem modernen Sozialdemokratismus von Blair, Jospin, Schröder und deren Politik der Umverteilung zu Ungunsten der ArbeiterInnenklasse und Verrats realer Klassenkämpfe ist nicht vollzogen. Selbst das Personal, von Hannelore Kraft über Olaf Scholz bis zu Steinbrück, Gabriel und Steinmeier, ist dasselbe. Ist der „klassische Sozialdemokrat“, an dessen Mythos immer noch viele Mitglieder der LINKEN glauben, mit der berühmten Ausrede verbunden „Wir würden ja gerne mehr linke Politik machen, aber die Verhältnisse sind gegen uns“, die Zeit ist nicht reif und der Gegner ist zu stark“ so bedeutet sich die heutige Sozialdemokratie regelmäßig an der Formel „Das, was wir machen – Umverteilung, Renten kürzen, Privatisierung, Militarisierung der Politik – ist moderne linke Politik, wir wollen nichts anderes.“ – Die deutsche Wirtschaft zählt zu den Gewinnern der gegenwärtigen Krise. Dies wird im Massenbewusstsein sehr wohl registriert, obwohl die Realeinkommen stetig sinken, die prekären Beschäftigungsverhältnisse zunehmen, die Angst vor Armut im Alter und allgemeine Unsicherheit ansteigen. Es erscheint ein paradoxer Gegensatz, dass sich sehr wohl viel und grundlegend ändern musste, aber diese Radikalität an der Macht des Bestehenden nichts ausrichten kann. Die LINKEN wird deshalb nicht wegen einer zu großen „Radikalität“ abgelehnt, sondern ihr wird misstraut, dass sie die Kraft für diese Radikalität hat. Da die LINKEN immer mehr vor allem durch Äußerlichkeiten – Reden von Parteiprominenz, Talkshows und völlig verfremdete Berichte in den Medien und eben auch Wahlkampfe – wahrgenommen wird und viel zu wenig als reale Opposition im tatsächlichen Leben der Menschen, wird dieses Misstrauen noch verstärkt. Es handelt sich um ein „strategisches Misstrauen“, dass vor allem die Millionen Menschen erfasst, die nicht an ihre eigenen Kräfte glauben und auf sie vertrauen, sondern sich einen politischen Stellvertreter wünschen. Die LINKEN bedient unglücklicherweise durch ihr eigenes Verständnis der Politik als Stellvertreterpolitik („Wählt uns, und es wird gut“ „Links wirkt“ usw.) diesen Prozess.

Dieses „strategische Misstrauen“ ist nur durch einen Prozess der Selbstermächtigung, der Wiederaneignung von Würde und Selbstbewusstsein der Menschen, an dem die LINKEN mit ihren Mitgliedern aktiv beteiligt ist, zu verringern. Es hat im übrigen nicht viel zu tun mit dem „taktischen Misstrauen“ uns gegenüber, das so viele in der Partei angeblich als Ursache für unseren Einflussrückgang ansehen. Wir wären nicht „bündnisfähig genug“, würden keine „gestalterische Mehrheit“ anstreben oder eine Stimmgabe für uns wäre „nicht nützlich“. Das sind zwar immer wieder strapazierte Bilder insbesondere in Wahlanalysen aus dem Karl-Liebknecht-Haus, aber die Menschen, die uns auf diese Weise taktisch ablehnen, sind in Wahrheit nur eine überschaubare Anzahl. Zu einer solcherart Taktik gehört nämlich eine Strategie als Voraussetzung, die aber bei WählerInnen und AnhängerInnen der LINKEN selten vorhanden ist. Der „taktische Wähler“ und die „taktische Wählerin“ ist eines der großen Mythen der Demoskopie.

– Gleichzeitig haben sowohl die tiefe Weltwirtschaftskrise als auch der partielle Ausstieg daraus für das deutsche Kapital und dessen selbstbewusste Politik des Klassenkampfes von oben in allen großen Fragen, wie der Entmachtung der Finanzkonzerne, der Energiepolitik, der Klima- und Umweltpolitik und des Kampfes gegen Krieg und Militarisierung, wie auch in den täglichen kleinen Fragen der betrieblichen und tariflichen Auseinandersetzung, im Alltag der Kommunen und an den Bildungseinrichtungen gezeigt, dass es keine schnellen, billigen und stillen Lösungen auf die Probleme und Krisen von heute gibt. Gefordert ist eine hartnäckige, konfliktbereite und zu radikalen Schritten aufrufende Politik, die fast immer erst einmal eine konsequente Opferung gegenüber allen anderen Parteien erfordert. In nicht einer inhaltlichen Frage – weder beim Mindestlohn noch bei Studiengebühren oder Einheitschule – gibt es eine tatsächliche Etablierung eines „Logos“ der LINKEN mit einer der anderen Parteien. Es bleibt und verschärft sich stets die bekannte Konstellation: Vier Parteien wollen die Verhältnisse so wie sie sind und lediglich kostengünstig verwalten; und nur die LINKEN steht für Veränderung und Bereitschaft, sich mit den großen politischen und gesellschaftlichen Kräften, die einer solchen Veränderung im Wege stehen, auch anzulegen. Alle letzten Parlamentswahlen haben diese gesellschaftliche Realität auch auf der Ebene von Wahlergebnissen bestätigt.

– Das Erfurter Programm der LINKEN hat nicht in allen Fragen, aber zu den wesentlichen Themen, diese politischen Wahrheiten vorwärts weisend verarbeitet. Es ist ein klares linkes Programm, das nach einer Partei ruft, von der die LINKEN in ihren aktuellen Strukturen und ihrer Tagespolitik leider nicht nur noch ziemlich entfernt ist, sondern sich gegenwärtig sogar weiter entfernt.

4. Die gegenwärtige Parteiführung wurde nach dem gesundheitlich bedingten Rückzug von Oskar Lafontaine in einer undemokratischen Nacht- und Nebelaktion aufgestellt. Bei der Bildung dieser Leitung war leider nicht ausschlaggebend, ob sie sich den oben skizzierten neuen Fragen stellen kann, sondern einzig und allein, ob das personelle Ergebnis das Vergangene geräuschlos fortschreibt. Das ganze kombiniert mit mittelalterlichem Autoritätsgetöse und moralischen Appellen, man möge sich doch bitte dem Schicksal fügen und nicht mehr streiten. Es war abzusehen, dass dies:

- keine mutige und risikobereite politische Führung schaffen würde, sondern ein Ensemble aus Ideelosigkeit und sich gegenseitig intrigierenden EinzelakteurInnen;
- eine schädliche und demokratische Kultur im Parteibereich implementiert, die die gewählten demokratischen formellen Parteistrukturen auf allen Parteebenen weiter schwächt und die informellen Strömungen, Strippenzieher und von außen manipulierende Sellschaften fördert – was auch durch stetig gesteigertes „Ich-bin-das-Zentrum“-Moralisieren von Gregor Gysi und bürokratisches Vertrauen auf den Parteiapparat nicht wegeregirt werden kann;
- diese „Führungsarchitektur“ ihren Erbauern sehr bald auf die Füße fallen würde.

5. Das ist die heutige Realität. Sie wird nicht korrigiert, noch nicht einmal für eine nennenswerte Zeit befriedet, durch moralische Appelle, keine „Führungsdebatte“ zu beginnen. Sie wird nicht korrigiert durch den Ruf, ein Erlöser aus dem Saarland solle zurückkommen. Oskar Lafontaine wird die Funktion, die er bei der Bildung der LINKEN hatte, heute objektiv nicht mehr haben können, auch wenn seine persönlichen Meinungen und öffentlichen Beiträge viel mehr dem Programm aus Erfurt entsprechen und viel moderner sind als die von einer perneranten Feinleistungs- und der SPD geprägten „Theorien“ eines Dietmar Bartsch. Dies festzustellen, schmälert in keiner Weise seine Qualitäten und Verdienste. Und diese Realität wird auch nicht dadurch korrigiert, dass das Nacht- und Nebelgetöse bei der letzten Vorstandsbestimmung diesmal im Tageslicht stattfindet.

Die LINKEN benötigt stattdessen einen bewussten und schnellen Aufbauprozess einer kollektiven politischen Führung. Der muss gegenüber dem Istzustand in mehreren Punkten ein Neubeginn sein:

- Die Führung muss energisch verjüngt werden. Nicht nur bezüglich des Lebensalters, sondern auch durch Berücksichtigung der erst in den letzten fünf Jahren eingetretenen Mitglieder. Die Partei sollte von einem jungen SprecherInnen-Paar repräsentiert werden, das deutlich unter vierzig Jahre alt ist. Es dürfen natürlich auch gerne zwei Frauen sein, das würde der Männerpartei DIE LINKEN sogar ausgesprochen gut tun.
- Die Führung muss gemäß der realen politischen Meinungen und Strömungen in der Partei plural zusammengesetzt sein, deren gemeinsame Richtschnur das Parteiprogramm ist. Damit einhergehen muss die Etablierung einer Streitkultur, die das Denken in Alternativen und auch qualitative Mehr- und Minderheitsmeinungen zum Normalfall macht. Auch Vorsitzende dürfen, können und müssen kritisiert und überstimmt werden.
- Die Führung muss „entberlinisiert“ werden. Das bedeutet eine gute Repräsentanz aller Landesverbände und das bedeutet vor allem eine komplette Neubestimmung des zentralen Parteiapparates und Stärkung dezentraler Apparate.
- Die Führung muss „entparlamentarisiert“ werden. Im Geschäftsführenden Vorstand sollte maximal 1 Mitglied der Bundestagsfraktion sein. Insbesondere die Geschäftsführer der Partei müssen Instrumente der Partei und nicht der Fraktion sein. Die Trennung von Amt und Mandat sollte auch im Gesamtvorstand ausgeweitet und auf Mitarbeiter der Fraktionen ausgedehnt werden. Gleichzeitig müssen die zentralen Aufgaben – Sprecher/Vorsitzende, Schatzmeister, Geschäftsführer – auf Bund- und Länderebene hauptsächlich sein.

6. Eine solche neue kollektive politische Führung entsteht nicht von allein, sondern muss bewusst aufgebaut werden. Sie entsteht schon gar nicht dadurch, dass die alten Recken rufen, „dann kandidiert doch bitte gegen mich, jeder kann sich doch wählen lassen“. Eine neue Führung durch Verspoten, Verjagen, Demontieren, theatralisches Abwählen der alten Führung aufbauen zu wollen, ist so töricht wie politisch absetzt und im Gegensatz zu unseren programmatischen Ideen. Die Partei insgesamt muss sich entscheiden, ob sie einen solchen Prozess zur Herausbildung einer neuen kollektiven politischen Führung einleiten will. Das könnte und müsste auf dem nächsten Bundesparteitag geschehen. Darauf aufbauend wäre die Wahl eines Übergangsvorstandes sinnvoll, der als einzige Aufgabe, die Etablierung dieses Prozesses zur Bildung einer kollektiven politischen Führung bekäme. Auch das könnte auf dem nächsten Bundesparteitag geschehen. Wie für alles in der Politik gibt es auch dabei keine Garantie, was letztendlich herauskommt und auch diese Herausbildung einer neuen Führung sollte entlang von Alternativen gehen, über die letztlich demokratisch abgestimmt werden kann. Aber mit Sicherheit ist festzustellen, dass ein solcher Weg weiter führt, als das heute zunehmende Bocksgeschrei nach neuen alten Leitkonen, als das heute über die Presse ausgetragene Konzert, wer den Längsten hat und als die gruseligen Ankündigungen „wir alten Herren“ würden uns schon auf neue Vorsitzende verständigen.

7. Es ist eine generelle Erfahrung, dass linke, auf grundsätzliche Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ausgerichtete Parteien nicht mit Wahlkämpfen aufgebaut werden. Wahlkämpfe und daraus erzielte parlamentarische Vertretungen können im besten Fall nur eine vorher erworbene gesellschaftliche Verankerung bestätigen und festigen. Das ist immer mit den zwei Gefahren verbunden, dass die parlamentarischen Erfolge sich einerseits verselbständigen und die Parteientwicklung in falsche Richtungen drängen und andererseits auch ganz schnell durch äußere Faktoren und innere Zwistigkeiten zunichte gemacht werden können. Eine sich nur im parlamentarischen Raum entfaltende linke Partei, die nur die politischen Angebote annimmt, die ihr vorgehalten werden und keine eigenen Themen setzt (die grundsätzlich nur außerparlamentarisch gesetzt werden können), die gesellschaftliche Mehrheitsbildung mit Koalitionsgesprächen verwechselt, eine solche Partei bleibt eine, die – wie Gramsci so schön erwähnte – mit einfachen Mitteln zerstört werden kann. Die LINKEN steht nach den ermutigenden Resultaten der letzten Wahlen vor der Aufgabe, eine Partei zu werden, die nicht mit einfachen Mitteln zerstört werden kann und die ihrem in Erfurt gegebenen Programm wenigstens annähernd entspricht. Das kann nur eine Partei der Opposition sein (selbst dann, wenn sie regiert, muss ihr Regierungsprogramm das der allgemeinen und radikalen Änderung der Verhältnisse und der Gegnerschaft zum Bestehenden sein). Das kann nur eine Partei der Bewegung und des Aufbaus von realer Gegenmacht sein. Und das kann nur eine Partei sein, die sich selbst bewegt, die Politik in der ersten Person macht und die Aktionszentrum wie auch stärkende politische und soziale Heimat ihrer Mitglieder wird.

Köln, 31.05.2012 – Thies Gleiss (stellvertretender Landessprecher DIE LINKE.NRW)

Dieser Beitrag wurde publiziert am Donnerstag den 31. Mai 2012
in der Kategorie: **DIE LINKE, isl.**